



ANLAGE ZUM ANTRAG VOM _____

AUF GEWÄHRUNG ÖFFENTLICHER FINANZIERUNGSHILFEN AN DIE GEWERBLICHE WIRTSCHAFT IM RAHMEN DER REGIONALEN WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

1. Antragsteller

(Schreibweise laut Handelsregister bzw. Gewerbeanmeldung/Gewerbeerlaubnis)

Investitionsort	Gemeinde	Landkreis
-----------------	----------	-----------

2. Eintragung in

Handelsregister Auszugsnummer: _____ Amtsgericht: _____
 Handwerksrolle / Verzeichnis zulassungsfreies Handwerk und handwerksähnliches Gewerbe ¹⁾

3. Gewerbeanmeldung / -erlaubnis

für die zu fördernde Betriebsstätte vom ¹⁾ :

4. Angaben zu Firmeninhabern bzw. Geschäftsführern

Name, Vorname	Geburtsdatum	Ausbildung	Tätigkeit der letzten 5 Jahre	vollständige Anschrift

5. Anschriften der Gesellschafter

Name, Vorname	vollständige Anschrift

¹⁾ Bitte aktuelle Kopie beilegen.

6. Verflechtungen mit anderen Unternehmen

Es besteht eine			Wenn Ja, mit folgender Gesellschaft:
Betriebsaufspaltung	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	_____
gewerbesteuerliche Organschaft	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	_____
Mitunternehmerschaft	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	_____

7. Angaben zu Betriebsstätten des Gewerbebetriebes

	Anzahl der Dauerarbeitsplätze	Jahresumsatz in €
Gesamtunternehmen		
davon in Betriebsstätte ...		

Mögliche Abschlüsse:

Der Sitz des Unternehmens befindet sich in Thüringen oder wird bis zum Vorhabensende nach Thüringen verlagert.

Das Vorhaben wird in einer Betriebsstätte mit Tarifbindung durchgeführt.

8. Tätigkeiten der zu fördernden Betriebsstätte

Tätigkeit	Umsatzanteile in %	
	zu Investitionsbeginn	nach Investition

9. Angaben zu den Beschäftigten in der zu fördernden Betriebsstätte zum Zeitpunkt der Antragstellung

Anzahl der betriebsangehörig und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, einschl. Auszubildende	
Anzahl der Leiharbeiter	
Summe	

Bestätigung zu den zusätzlich zu schaffenden Dauerarbeitsplätzen:

Es werden alle zusätzlichen Dauerarbeitsplätze mit betriebsangehörig Beschäftigten besetzt.

Es werden alle zusätzlichen Dauerarbeitsplätze nach Abschluss des Investitionsvorhabens mit einem Jahresbruttolohn (ohne Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungsbeiträgen) von mindestens 46.000 EUR (Handwerksbetriebe: 41.000 EUR, Tourismusbetriebsstätten 32.000 EUR) entlohnt.

10. Angaben bei Verlagerung der Betriebsstätte

Standort der bisherigen Betriebsstätte (Ort/Kreis): _____

Anzahl der Dauerarbeitsplätze	vor Verlagerung	nach Verlagerung
alte Betriebsstätte		
neue Betriebsstätte		

Die bisherige Betriebsstätte war in eigenen Räumen / gemieteten Räumen und wird

stillgelegt weiterhin eigenbetrieblich genutzt vermietet verkauft / Erlös: _____ €

11. Genehmigungen

Baugenehmigung	erforderlich	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	
	beantragt	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	am
	erteilt	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	am ¹⁾
Blmsch-Genehmigung	erforderlich	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	
	beantragt	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	am
	erteilt	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	am ¹⁾

¹⁾ Bitte aktuelle Kopie beilegen.

12. Investitionsmaßnahmen (verbale Beschreibung bitte als Anlage) – Angaben netto in €

Hinweis: Bitte beachten Sie, dass Wirtschaftsgüter, die 250 € nicht übersteigen, gemäß § 6 Abs. 2 Satz 4 EStG nicht aktivierungsfähig sind und somit nicht Bestandteil des beantragten Investitionsvorhabens sein dürfen.

		Jahre			
geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs-/Herstellungskosten bis 800 € und Wirtschaftsgüter, die gemäß § 6 Abs. 2a EStG im Pool aktiviert werden					
Investitionen der Ersatzbeschaffung	Maschinen				
	Bau				
Anschaffung und Herstellungskosten für Fahrzeuge					
Erwerb gebrauchte Wirtschaftsgüter	Maschinen				
	Gebäude				
Grundstück					
Gebühren, Baukostenzuschüsse	Bau				
	Sonstiges				
Anlagen, die der Stromerzeugung dienen					
Planungsleistungen HOAI Phasen 1-9	Bau				
Bodenuntersuchung	Bau				
Neubau (ohne Ersatzbeschaffung, ohne Eigenleistungen, ohne selbst hergestellte Wirtschaftsgüter, ohne Erwerb von verbundenen/verflochtenen Unternehmen)					
sonstiger Bau (ohne Ersatzbeschaffung, ohne Eigenleistungen, ohne selbst hergestellte Wirtschaftsgüter, ohne Erwerb von verbundenen/verflochtenen Unternehmen)					
neue Maschinen und Einrichtungen (ohne Ersatzbeschaffung, ohne Eigenleistungen, ohne selbst hergestellte Wirtschaftsgüter, ohne Erwerb von verbundenen/verflochtenen Unternehmen)					
selbst hergestellte Wirtschaftsgüter	Bau				
	Maschinen				
davon Anteil der von Dritten* auf Rechnung bezogenen Leistungen	Bau				
	Maschinen				
andere aktivierbare Eigenleistungen	Bau				
	Maschinen				
Erwerb von verbundenen oder verflochtenen Unternehmen	Bau				
	Maschinen				
davon Anteil der von Dritten* auf Rechnung bezogenen Leistungen	Bau				
	Maschinen				
Anschaffungskosten immaterieller Wirtschaftsgüter					
Mehrkosten für Umweltschutz-/ Energieeffizienzeffekte bzw. gesamte Investitionskosten für die Deckung des Energieeigenbedarfs aus erneuerbaren Quellen					
Gesamtinvestition					
davon Anschaffungskosten zu leasender, zu mietender/zu pachtender Wirtschaftsgüter	Bau				
	Maschinen				
erzielte bzw. erzielbare Veräußerungserlöse bei Betriebsverlagerung					
Entschädigungsbeträge bei Betriebsverlagerung					

* Verbundene oder sonst wirtschaftlich, rechtlich oder personell verflochtene Unternehmen gelten nicht als Dritte. Personell verflochtene Unternehmen liegen unter anderem vor, wenn ein Gesellschafter des Antrag stellenden Unternehmens gleichzeitig in einem Unternehmen die Funktion eines Geschäftsführers oder Gesellschafters ausübt, von dem Wirtschaftsgüter oder Leistungen erworben/gemietet usw. werden.

13. Weitere Investitionsmaßnahmen im Unternehmen

Betriebsstätte	Art der Maßnahme	Kosten netto (€)	Investitionszeitraum
Angaben zur Finanzierung			

14. Sonstige Anträge des Unternehmens zur Gewährung von Förderungen des Landes Thüringen

15. Anträge des Unternehmens zur Gewährung von Förderungen durch Bund bzw. EU

¹⁾ Bitte aktuelle Kopie beilegen.

16. Angaben zu betriebswirtschaftlichen Kennzahlen und Insolvenz

Angaben zu Eigenmitteln*	€
beschränkt haftende Gesellschaft gemäß letztem Jahresabschluss vom _____ bis _____	
gezeichnetes Stammkapital	
Agio (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB)	
Rücklagen und sonstige den Eigenmitteln zurechenbare Beträge, z.B. Drittrangmittel*	
Aufgelaufene Verluste (Verlustvortrag + Jahresfehlbetrag)	
unbeschränkt haftende Gesellschaft (z.B. KG, oHG, GbR, GmbH & Co. KG)	
Verpflichtung zur Erstellung eines Jahresabschlusses nach HGB? wenn „Ja“, bitte weitere Angaben machen:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Eigenmittel** gemäß vorletztem Jahresabschluss (vom _____ bis _____)	
Verlust des letzten Geschäftsjahres (vom _____ bis _____)	

* Drittrangmittel (z. B. eigenkapitalersetzende Mittel), Nachweis durch entsprechende Unterlagen

** Eigenmittel = haftendes Eigenkapital, d.s. z.B. Kapitalanteile der persönlich haftenden Gesellschafter, Kapitalanteile der Kommanditisten, Rücklagen oder sonstige Elemente, die den Eigenmitteln zugerechnet werden

Finanzierung durch Unternehmensgesellschafter im laufenden Jahr oder davor (z.B. Kapitalerhöhung, Gesellschafterdarlehen mit qualifiziertem Rangrücktritt, Patronatserklärung)	<input type="checkbox"/> Ja*** <input type="checkbox"/> Nein
--	--

*** Nachweis durch Vorlage entsprechender Unterlagen (Vertragswerke/ Gesellschaftererklärungen)

Insolvenz
Ist das Antrag stellende Unternehmen Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt das Antrag stellende Unternehmen die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Zusätzliche Angaben (in €) gemäß letztem und vorletztem Jahresabschluss von Unternehmen, die keine kleinen oder mittleren Unternehmen sind		
	Geschäftsjahr 20__	Geschäftsjahr 20__
Eigenkapital		
Fremdkapital		
EBITDA*		
Zinsaufwand		

17. Erklärungen

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Datenschutzerklärung und die Einverständniserklärung Bestandteil des Antrages sind.

Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und -nutzung:

Ich/Wir bestätige(n), dass mir/uns die Datenschutzinformation nach Art. 13, 14 und 21 der EU-Datenschutz-Grundverordnung online über www.aufbaubank.de/datenschutzinformation oder als Ausdruck zur Verfügung gestellt wurde.

Bitte beachten Sie, dass bei Weitergabe von personenbezogenen Daten Dritter, diesen unsere Datenschutzinformationen auszuhändigen bzw. zur Kenntnis zu geben sind.

Hiermit erkläre ich / erklären wir das Einverständnis zur Aufnahme auf die Beihilfe-Website gemäß Artikel 9 lit. 1 und Artikel 11 lit. a) der Verordnung (EU) 651/2014 zu Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie in den Jahresbericht gemäß Art. 11 lit. b) der oben genannten Verordnung in Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 vom 21 April 2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates vom 22. März 1999 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 93 des EG-Vertrags (ABl. L 140 vom 30.04.2004, S. 1).

Einverständniserklärung

Der/Die Antragsteller ist/sind unterrichtet, dass zur Bearbeitung dieses Antrages weitere Auskünfte über die persönlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse erforderlich werden können, die von der TAB und dem TMWWDG bzw. einer von diesen beauftragten Stelle sowie der Hausbank im Bedarfsfall angefordert werden können.

Der/Die Antragsteller verpflichtet/verpflichten sich, dass die zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen weiteren Auskünfte über die persönlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die von der TAB und dem TMWWDG oder einer von diesen beauftragten Stelle sowie der Hausbank im Bedarfsfall angefordert werden können, nach Anforderung durch diese Stellen erteilt werden.

Der/Die Antragsteller erklärt/erklären sich unwiderruflich damit einverstanden, dass das Finanzamt jede von der TAB und dem TMWWDG gewünschte Auskunft über steuerliche Verhältnisse erteilt und unter Umständen Einblick in die Steuerakte gewährt wird.

Der/Die Antragsteller erklärt/erklären sich unwiderruflich damit einverstanden, dass, wenn im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen vor Ort und Stelle, sei es durch die TAB, das TMWWDG, die Hausbank, deren Beauftragte oder durch eine von diesen Stellen bestimmte Prüfungsgesellschaft für notwendig gehalten werden, diese Prüfungen vorgenommen werden.

Der/Die Antragsteller verpflichtet/verpflichten sich, ggf. die Kosten für diese Prüfungen zu übernehmen.

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass die vorstehenden Angaben, die Angaben im Abruf und Verwendungsnachweis sowie die Angaben in allen dazu eingereichten Unterlagen sowie Präzisierungen wahrheitsgemäß sind. Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass die Beantragung von Investitionszuschüssen aufgrund falscher Angaben einen Verstoß nach § 264 Strafgesetz und nach § 4 Subventionengesetz darstellt und gerichtlich verfolgt werden kann.

Zudem verpflichte ich mich/ verpflichten wir uns, alle im weiteren Verfahren (Antrag/Abruf/Verwendungsnachweis) erforderlichen Angaben vollständig und korrekt abzugeben.

Ich/Wir erkläre/n, dass die Daten des von mir/uns unterschrieben eingereichten Originalantrags einschließlich Anlagen denen entsprechen, die im Online-Portal der Thüringer Aufbaubank eingegeben wurden und dass am Originalwortlaut der Thüringer Aufbaubank nichts geändert wurde.

Ort, Datum

Stempel und Unterschrift

Bitte fügen Sie folgende Unterlagen bei:

- Beschreibung der Investitionsmaßnahme (formlos)
- G & V – Planung und Liquiditätsplanung nach TAB-Muster (Jahr des Investitionsbeginns bis erstes Jahr nach Investitionsende)